

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

84. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. November 2002, 10:00 Uhr,  
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Ursula Kähler (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

Maren Kruse (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von Holger Astrup

in Vertretung von Wolfgang Fuß

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Berndt Steincke (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Entwurf der Voten zu den Bemerkungen 2002 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2000</b>	<b>4</b>
<b>2. Stand und Nutzung und Entwicklung des Landeskulturzentrums Salzbau</b>	<b>6</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2100	
<b>3. Spieleinsatzsteuer verhindern, Arbeitsplätze retten</b>	<b>7</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2071	
<b>4. Antrag auf Freigabe der Haushaltsmittel bei Titel 0401-631 65 TG 65</b>	<b>8</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2599	
<b>5. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung neuer Referenzzinssätze und zur Aufhebung des Gesetzes über die Ersetzung des Diskontsatzes und anderer Zinssätze (Landesreferenzzinsgesetz - LRzG)</b>	<b>9</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2024	
<b>6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes</b>	<b>10</b>
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/2033	
<b>7. Information/Kennntnisnahme</b>	<b>11</b>
Umdruck 15/2596 - Betriebsprüfungen	
<b>8. Verschiedenes</b>	<b>12</b>

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zur Tagesordnung erklären sich die Ausschussmitglieder mit der Anregung der Vorsitzenden, Abg. Kähler, einverstanden, den ursprünglich vorgesehenen Tagesordnungspunkt „Einwilligung zum Abschluss eines Mietvertrages für das Katasteramt Flensburg/Schleswig, Umdrucke 15/2414 und 15/2598, wegen Abwesenheit der politischen Spitze des Innenministeriums in der heutigen Sitzung nicht zu beraten, sondern diesen Punkt auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Finanzausschusses am 21. November 2002 zu setzen.

Die Tagesordnung wird sodann in vorstehender Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf der Voten zu den Bemerkungen 2002 des Landesrechnungshofs  
Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2000**

hierzu: Umdruck 15/2650

Auf der Grundlage des Umdrucks 15/2650 befassen sich die Ausschussmitglieder mit dem Entwurf der Voten zu einzelnen Textziffern.

Zu den Tz. 6,7 und 8 nimmt der Ausschuss einstimmig im 4. Spiegelstrich auf Anregung von St Döring folgende Formulierung auf:

„Die Investitionsbank hat, wenn sie Teile des Landeshaushalts ausführt, selbstverständlich die Vorschriften der LHO einzuhalten. Der Finanzausschuss fordert **die Landesregierung** auf, für alle von der Investitionsbank aus dem Landeshaushalt ausgeführten Förderprogramme die Einhaltung der LHO zu überprüfen und das Ergebnis dem Finanzausschuss bis zum 28. Februar 2003 zu berichten.“

Zum 7. Spiegelstrich folgt der Ausschuss der Anregung von Abg. Neugebauer, den 3. Satz „Nach Abschluss eines Haushaltsjahres ist gemeinsam mit dem Finanzausschuss zu prüfen, ob Ansätze für das laufende Haushaltsjahr aufgrund nicht eingegangener Verpflichtungen noch gekürzt werden können“ zu streichen. St Döring betont, dass diese Änderung auch dem Petitum des Finanzministeriums entspreche, hier insoweit nicht in zusätzliche Prüfpflichten zu kommen.

Spiegelstrich 8 wird sodann in folgender Fassung einstimmig beschlossen:

„Der Finanzausschuss fordert das Finanzministerium auf, Möglichkeiten der Dienststellen auf Buchungsstellen außerhalb des Haushaltsplans zuzugreifen, **grundsätzlich** zu verhindern und **notwendige Ausnahmen mit dem Landesrechnungshof abzustimmen**. Dem Finanzausschuss ist bis zum 30. Januar 2003 zu berichten.“

Spiegelstrich 12 erhält ebenfalls einstimmig folgende Formulierung:

„**Der Innenminister und die Investitionsbank werden** aufgefordert, über das Finanzministerium dem Finanzausschuss bis zum 1. Dezember 2002 über die Ausschöpfung der in § 28 Abs. 8 Haushaltsgesetz 2000 erteilten Ermächtigungen zur Kreditaufnahme zu berichten. Künftig ist dieser Bericht in die jeweilige Haushaltsrechnung aufzunehmen.“

Spiegelstrich 13 wird einstimmig in folgender Fassung angenommen:

„Der Finanzausschuss sieht den gemeinsam mit dem Landesrechnungshof erstellten Regelungen für den Einsatz derivativer Finanzinstrumente durch das Finanzministerium entgegen und erwartet die Vorlage der vollständigen Regelungen auch für den Einsatz des Portfolio-Ansatzes bis zum **30. Juni 2003**.“

Die übrigen Tz. im Umdruck 15/2650 sollen dem Landtag zur unveränderten Annahme empfohlen werden.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, weist an dieser Stelle darauf hin, dass in der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ des Finanzausschusses noch einige Vorlagen abzuarbeiten seien und dass man sich möglicherweise mit dem Bericht des LRH noch einmal im Rahmen der Haushaltsberatungen beschäftigen werde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Stand und Nutzung und Entwicklung des Landeskulturzentrums Salzbau**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/2100

(überwiesen am 11. Oktober 2002 an den Bildungsausschuss und den  
Finanzausschuss)

Abg. Wiegard weist darauf hin, dass sich der Bildungsausschuss in seiner Sitzung am 14. November mit dem Bericht der Landesregierung befassen werde, und empfiehlt, vor einer Beratung der Vorlage im Finanzausschuss zunächst das Ergebnis dieser Beratungen im Bildungsausschuss abzuwarten.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, stimmt dieser Empfehlung von Abg. Wiegard grundsätzlich zu, betont jedoch, dass der Finanzausschuss vor Abschluss der Arbeiten an einem Gesamtkonzept die finanzielle Seite beleuchten sollte. Sie regt deshalb an, heute den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen und dann, wenn sich der Bildungsausschuss mit der Konzeption inhaltlich beschäftigt haben werde, das Thema im Finanzausschuss erneut zu beraten.

Nachdem sich Abg. Wiegard mit diesem Verfahrensvorschlag der Vorsitzenden einverstanden erklärt hat, spricht der Ausschuss einstimmig die Empfehlung an den federführenden Bildungsausschuss aus, die Vorlage Drucksache 15/2100 dem Landtag zur Kenntnisnahme vorzuschlagen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Spieleinsatzsteuer verhindern, Arbeitsplätze retten**

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/2071

(überwiesen am 10. Oktober 2002)

Nach Hinweisen von St Döring auf die aktuelle Rechtslage empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/2071, in folgender Fassung anzunehmen:

**„Der Landtag erwartet, dass sich die Landesregierung im Bundesrat dafür einsetzt, auf der Basis des bisherigen Aufkommens der Umsatzsteuer eine einkommensneutrale Steuerregelung zu erreichen, die die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs und des Europäischen Gerichtshofs berücksichtigt.“**

St Döring wird gebeten, das von ihm durch Ausfall der Umsatzsteuer auf Bundesebene errechnete Zahlenwerk den Ausschussmitgliedern schriftlich nachzuliefern. - St Döring sagt dies zu.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Antrag auf Freigabe der Haushaltsmittel bei Titel 0401-631 65 TG 65**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 15/2599

Einstimmig stimmt der Ausschuss auf der Grundlage des Umdrucks 15/2599 der Freigabe der Mittel zu.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Einführung neuer Referenzzinssätze und zur Aufhebung des Gesetzes über die Ersetzung des Diskontsatzes und anderer Zinssätze (Landesreferenzzinsgesetz - LRzG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/2024

(überwiesen am 13. September 2002 an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss; Fortsetzung der Beratung vom 31. Oktober 2002)

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf Drucksache 15/2024 unverändert anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/2033

(überwiesen am 11. September 2002 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss; Fortsetzung der Beratung vom 31. Oktober 2002)

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, weist darauf hin, dass der Bildungsausschuss zu dem Gesetzentwurf zurzeit eine schriftliche Anhörung durchführe. Sie schlägt vor, die inhaltliche Beratung des Gesetzentwurfs im Finanzausschuss bis zum Vorliegen der Ergebnisse dieser schriftlichen Anhörung zurückzustellen.

Abg. Neugebauer schließt sich diesem Vorschlag der Vorsitzenden grundsätzlich an, empfiehlt jedoch, die Landesregierung zu bitten, dem Finanzausschuss einmal vorzulegen, mit welchen finanziellen Auswirkungen bei den hier möglichen Alternativen zu rechnen sei. Dieses Zahlenmaterial soll nach Abschluss der Anhörung mit in die parlamentarische Diskussion einfließen.

Abg. Wiegard bittet vor dem Hintergrund des Vorschlages von Abg. Neugebauer darum, dieses Zahlenwerk auch dem Bildungsausschuss frühzeitig zuzuleiten, damit es bei der Auswertung der Anhörungsergebnisse berücksichtigt werden könne. - St Döring sagt die Zuleitung des Zahlenmaterials sowohl an den Finanzausschuss als auch an den Bildungsausschuss zu.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 15/2596 - Betriebsprüfungen

Abg. Neugebauer fragt, wie viele so genannte Bankenfälle abgearbeitet worden seien, wie viele noch anstünden und wie hoch das bisherige Aufkommen aufgrund der Bearbeitung der Bankenfälle sei. - St Döring bittet darum, hierüber in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses berichten beziehungsweise die Beantwortung dieser Fragen schriftlich vornehmen zu können.

Der Finanzausschuss nimmt einmütig den Umdruck 15/2596 mit der Maßgabe zur Kenntnis, dass das Finanzministerium das von Abg. Neugebauer erbetene Datenmaterial noch schriftlich vorlegt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, gibt den Mitgliedern des Ausschusses ein Schreiben des Finanzministers zum geänderten Kabinettermine für die Verabschiedung der Nachschiebeliste zum Haushaltentwurf 2003 zur Kenntnis. Im Rahmen einer kurzen Diskussion spricht sich der Ausschuss angesichts dieser Sachlage dafür aus, an den Landtagspräsidenten die Bitte zu richten, die zweite Lesung des Haushaltsgesetzes im Landtag um eine Woche auf den 17. oder 18. Dezember 2002 zu verschieben und dafür den ursprünglich vorgesehenen Landtagstermin am 11. Dezember 2002 zu streichen. Der 11. Dezember 2002 soll für die abschließende Beratung des Finanzausschusses über den Haushaltentwurf 2003 vorgesehen werden.

Abg. Neugebauer spricht sodann einen Artikel der „Lübecker Nachrichten“ vom 9. Oktober 2002 mit der Überschrift „Zwischen Theorie und Praxis: Professor wagte Seitensprung“ an. Inhalt dieses Artikels sei, dass ein Fachhochschulprofessor ein Jahr lang einen „Seitensprung“ in die Wirtschaft wage und dass er weiter zu 100 % vom Land Schleswig-Holstein bezahlt werde und dass das Unternehmen, für das er ein Jahr lang tätig sein werde, dafür keinen Pfennig zu bezahlen habe. Er, Abg. Neugebauer, bitte St Döring, einmal der Frage nachzugehen, ob dieser Bericht zutreffend sei und - wenn ja - ob das die übliche Praxis bei Professoren des Landes Schleswig-Holstein sei.

Abg. Heinold erweitert diese Fragestellung um die Nachfrage, wie viele Professoren an Hochschulen des Landes aus dem Landeshaushalt bezahlt würden, ohne dass sie an einer Fachhochschule oder an einer Universität tätig seien, und wo sie während dieser Zeit arbeiteten. - St Döring sagt zu, diese Fragestellung an das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur mit der Bitte um Beantwortung weiterzugeben.

St Döring berichtet sodann, dass das Kabinett heute Mittag eine Sondersitzung zum Thema MobilCom abhalten werde. Er biete an, die finanzpolitischen Sprecher nach der Kabinettsitzung über das Ergebnis der Beratung zu informieren. Da das Kabinett ab 12 Uhr tagen werde, könne diese Information etwa gegen 14 Uhr erfolgen. - Die finanzpolitischen Sprecher nehmen dieses Angebot dankbar an.

Abschließend stellt Abg. Wiegard fest, dass noch immer die zugesagte Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur zum Thema „Schloss Glücksburg“

ausstehe, sodass er den Eindruck gewinnen müsse, dass sich das Kultusministerium offensichtlich den Aufträgen des Finanzausschusses widersetzen würde.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, erklärt, dass sie ursprünglich die Absicht gehabt habe, das Thema „Schloss Glücksburg“ auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen, dass sie aber aus dem Kultusministerium gehört habe, dass es hierzu zunächst noch eine Kabinettsberatung geben solle. Insoweit sei es sinnvoll, diesen Punkt erst in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses zu behandeln.

Die Ausschussmitglieder stimmen einer Behandlung des Themas „Schloss Glücksburg“ im Rahmen der nächsten Finanzausschusssitzung zu, erbitten aber bis dahin bereits einen schriftlichen Bericht des Kultusministeriums.

Auf Wunsch von Abg. Heinold wird sich der Ausschuss in seiner nächsten Sitzung auch mit dem Thema „Gesamtzuwendung an die BSH“ (Umdruck 15/2695) befassen.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

i. V. gez. Neil

Geschäfts- und Protokollführer